

## PERSÖNLICH

## Mollath wird erneut psychiatrisch begutachtet



**Gustl Mollath** soll erneut psychiatrisch begutachtet werden. Wegen des Wiederaufnahmeverfahrens am Landgericht Regensburg soll der Psychiater Norbert Nedopil die Schuldfähigkeit des 57 Jahre alten Nürnbergers überprüfen, der jahrelang gegen seinen Willen in der Psychiatrie untergebracht war. Die zuständige 6. Strafkammer habe die Bestellung des Gutachters unter anderem mit der „Vorgeschichte“ des Falls begründet. Das Wiederaufnahmeverfahren soll voraussichtlich im Frühjahr beginnen. Mollath saß seit 2006 in der Psychiatrie, weil er seine Frau misshandelt und Autoreifen zerstoßen haben soll. Im Sommer kam er frei. *dpa/FOTO: DPA*

## Thailands Ex-Premier erstmals vor Gericht



Der frühere thailändische Ministerpräsident **Abhisit Vejjajiva** ist wegen einer Mordanklage erstmals vor Gericht erschienen. Er und sein damaliger Vize Suthep Thaugsuban, der die Anti-Regierungs-Proteste anführt, sollen das harte Vorgehen der Soldaten gegen Demonstranten im Mai 2010 genehmigt haben. Bei der Niederschlagung der Proteste waren damals 92 Menschen gestorben. Abhisit ist gegen Zahlung einer Kaution von 14 000 Euro auf freiem Fuß. *dpa/FOTO: DPA*

## CDU-Frau Voßhoff soll Schaar nachfolgen

**Berlin.** Die Brandenburger CDU-Politikerin **Andrea Voßhoff** könnte neue Datenschutzbeauftragte des Bundes werden. Die frühere Bundestagsabgeordnete ist Kandidatin für die Nachfolge des bisherigen Amtsinhabers Peter Schaar. Vertreter der Unionsfraktion und des Bundesinnenministeriums hätten sich auf die 55-jährige Juristin geeinigt, berichtete die „Bild“-Zeitung. *afp*

## „Den Klimaschutz sehen“

Podiumsdiskussion zum Klimawandel – weltweit und im Ruhrgebiet

Von Damian Bungart

**Duisburg.** „Das Ruhrgebiet kann zu einem internationalen Vorreiter in Sachen Klimaschutz werden“. Marcus Mayr, Experte für Stadtplanung und Klimaschutz bei UN-Habitat, ist davon überzeugt, dass im Ruhrgebiet viele wichtige Klimaschutz-Projekte anlaufen. Neben Mayr kamen am Mittwochabend Sabine Lauxen, Dezernentin für ökologische Stadtplanung in Oberhausen, und der NRW-Stadtentwicklungsminister, Michael Groschek (SPD), bei einer Podiumsdiskussion im Duisburger Rathaus zusammen. Veranstaltet von der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen (DGVN) und der NRZ, diskutierte die Runde zum Thema „Urbanisierung, Bevölkerungsentwicklung und Klimawandel – Herausforderungen für die Vereinten Nationen und das Ruhrgebiet“. Moderiert wurde die Diskussion von Jan Jessen, Politikchef der NRZ.

## Mini-Kraftwerke in Wohngebiet als effiziente Lösung in Städten

Eines der zentralen Themen war der Klimawandel und die Frage, was Nordrhein-Westfalen dagegen tut. Im Blickpunkt stand dabei vor allem das Ruhrgebiet. Wie Klimaschutz vor Ort konkret aussehen kann, wusste Lauxen zu berichten. „Zusammen mit dem Fraunhofer Institut werden wir in verschiedenen Stadtteilen von Oberhausen



Das Podium: Sabine Lauxen, Moderator Jan Jessen, Marcus Mayr und Michael Groschek (von links).

FOTO: TIM SCHULZ

Nahwärmeversorgungs-Stationen installieren.“ Das seien kleine Wärmekraftwerke, die als eine Art ‚Insellösung‘ in den Wohngebieten aufgestellt würden. Die Minikraftwerke seien ausgestattet mit einem Wärmespeicher und virtuell miteinander verbunden, „um die Energie optimal verteilen zu können“. So könnten die Bürger in ihrem Wohnviertel „Klimaschutz sehen“, sagte Lauxen.

Mehr solcher „greifbaren Maßnahmen“ fordert auch UN-Habitat. Die Stadtentwicklungsexperten der Vereinten Nationen beobachten, wie sich Städte weltweit dem Klimawandel stellen. „Viele Städte haben sich weitaus stärker

dem Klimaschutz verpflichtet, als es ihre Regierungen tun“, weiß Mayr. Daher sehe er die Projekte im Ruhrgebiet auch äußerst positiv. Wenn man von diesem Weg nicht abweiche, meinte Mayr, „dann kann das Ruhrgebiet zu einer Beispielregion für viele Städte und Regionen weltweit werden.“

## „Städte verpflichten sich teilweise stärker, als ihre Regierung es tut“

Stadtentwicklungsminister Groschek sieht die Ruhrgebiets-Städte in der Pflicht, trotz der mauen Finanzlage, Klimaschutzmaßnahmen voranzutreiben. „Es gibt eine Gestaltungsverantwortung“, die unabhängig von finanziellen För-

dermitteln gelte, sagte Groschek. Davor dürften die Städte nicht davonlaufen. In Oberhausen tue man das nicht, betonte Stadtplanungsdezernentin Sabine Lauxen. „Am wichtigsten ist der Dialog mit den Bürgern.“ Wenn man gemeinsam Ziele definiere und abwäge, ließen sich viele Maßnahmen schnell angehen. Zum Beispiel der Ausbau von Grünflächen in den Stadtteilzentren. Diese Zentren seien zum Teil stark heruntergekommen. „Die ärmsten Stadtteile müssen die grünen werden“, findet auch Michael Groschek. Dann würden diese Räume wieder belebter und es entwickle sich „neue Mobilität in den Quartieren“. *NRZ*

## Beschneidung bei Jungen bleibt Streitthema

Ein Jahr nach Inkrafttreten des neuen Gesetzes haben Experten eine negative Bilanz gezogen

**Berlin.** Ein Jahr nach der Verabschiedung des Beschneidungsgesetzes haben Ärzteverbände und Nichtregierungsorganisationen (NGOs) eine negative Bilanz gezogen. Wie die verbotene weibliche Genitalverstümmelung verstoße auch die Beschneidung bei Jungen gegen das Recht auf körperliche Unversehr-

heit, sagte Irmingard Schewe-Gerigk von „Terre de Femmes“ gestern in Berlin. „Was bei Mädchen verboten ist, darf bei Jungen nicht erlaubt sein.“ Alexander Bachl von der Betroffenen-Organisation „MOGiS“ beklagte, dass ihm mit seiner Beschneidung das Recht auf seinen Körper genommen worden sei.

Im vergangenen Dezember hatte der Bundestag nach monatelangen hitzigen Debatten das Beschneidungsgesetz beschlossen. Demnach blieb die Beschneidung von jüdischen und muslimischen Jungen in Deutschland erlaubt - vorausgesetzt, der Eingriff werde „nach den Regeln der ärztlichen Kunst durchgeführt“.

Solange das Kind höchstens sechs Monate alt ist, dürfen zudem nicht nur Ärzte den Eingriff vornehmen, sondern auch ausgebildete Beschneider.

Vertreter von Ärzteverbänden kritisierten diesen Punkt. Es sei ein hochpräziser Eingriff, kein simpler Schnitt, sagte ein Sprecher. *afp*

WEIL SICH ALLE KINDER AUF DEN WEIHNACHTSMANN VERLASSEN, VERLÄSST SICH DER WEIHNACHTSMANN AUF DHL.

IHRE GESCHENKE FÜR WEIHNACHTEN:  
ABGEBEN BIS ZUM  
23.12. UM 10 UHR.\*

Verlassen auch Sie sich auf DHL – den Testsieger der deutschen Paketdienste. Geben Sie Ihre Pakete bis zum 23. Dezember, 10 Uhr\* in einer Postfiliale oder einem DHL Paketshop ab. Unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sorgen dafür, dass sie sicher und pünktlich unterm Christbaum liegen.

DHL wünscht Ihnen frohe Weihnachten!  
[www.dhl.de/weihnachten](http://www.dhl.de/weihnachten)



EINFACH. IMMER. ÜBERALL. **DHL** PAKET

\* Zustellung an Heiligabend bei deutschlandweitem Versand innerhalb der unverbindlichen Regellaufzeit.